

LINKSPARTEI

„Oskars Ruhmestaten“

Der Sozialdemokrat Richard Schröder über das Comeback des früheren Parteichefs Lafontaine



Schröder, 61, ist Professor für Theologie und Verfassungsrichter in Brandenburg. Er war Vordenker der SPD in der DDR und wurde Chef der SPD-Volkskammerfraktion im Jahr 1990.

Oskar Lafontaine ist ein Mann mit Grundsätzen. „Populistisch ist besser als unpopulär“, hat er Ende 1989 erklärt. Daran hält er sich konsequent bis heute.

Es gibt zwei Wege zur Popularität: sagen, was das Volk versteht, auch wenn es um komplizierte Fragen und unangenehme Wahrheiten geht, oder sagen, was das Volk gern hört, ihm nach dem Munde, besser, nach dem Bauche reden. Letzteres versteht Lafontaine meisterhaft. Da er den Ruhestand bei Frau und Kind nicht ausgehalten hat, betritt er erneut die politische Bühne. Er ist lieber Populist als unpopulär oder gar unbeachtet. Nur eines darf unser neuer alter Held nicht denken – dass wir seine früheren Ruhmestaten einfach vergessen hätten.

Der Staat ist verpflichtet „zu verhindern, dass Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil Fremdarbeiter mit zu niedrigen Löhnen ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen“, hat er in Chemnitz gesagt. In Chemnitz gibt es viele Arbeitslose, aber wenig Ausländer. Warum ist dort die Arbeitslosigkeit so hoch? Es ist eine der komplizierteren Fragen, die Lafontaine lieber nicht beantwortet. Stattdessen bietet er eine Erklärung an, die für Chemnitz nichts erklärt, aber von Empörten allzu gern aufgenommen wird. Es ist eine Sündenbocktheorie. Da weiß jeder wenigstens, wohin mit dem Zorn. Es ist das Rezept, mit dem rechtsextreme Parteien bislang erfolgreich auf Stimmenfang ziehen.

Dass Lafontaine den Osten vor den Fremden schützen will, ist neu, nicht aber seine Warnung vor den Fremden. Die Mauer war gerade einen Monat gefallen, da machte er den Vorschlag, für DDR-Bürger Aufenthaltsgenehmigungen einzuführen. Sie sollten nur dann in den Westen übersiedeln dürfen, wenn sie sich vorher von der DDR aus Wohnung und Arbeit im Bundesgebiet besorgt hatten und also keine Kosten verursachten. Lafontaine wollte die Betonmauer durch eine Genehmigungsmauer ersetzen.

Man sieht: Lafontaine hat Grundsätze. Sozial sind sie auch, fragt sich nur, für wen. Er möchte unerwünschte Esser vom eigenen Mittagstisch fern halten. Es ist ja richtig, dass Deutschland nicht alle Notleidenden dieser Welt aufnehmen kann. Aber Lafontaines Grundsatz liest sich anders, wenn man selbst einmal zu den unerwünschten Essern gezählt wurde. Lafontaine befand sich damals im saarländischen Wahlkampf. Er fürchtete, wegen der Republikaner die absolute Mehrheit zu verlieren. Deshalb „dürfen nicht immer mehr Menschen zu uns kommen. Das schafft böses Blut“.

Zu den Ruhmestaten des Oskar Lafontaine gehört auch seine Warnung vor den Kosten der Einheit. Der war wenigstens ehrlich, so wird er bis heute gelobt. Tatsächlich hätten mehr Politiker damals sagen sollen, dass die Vereinigung nicht umsonst zu haben sein wird. Dass aber Lafontaine mit seinen Warnungen vor al-

Lafontaine hatte nicht die Menschen vor Augen. Er hatte ein perverses Interesse am Beitritt. Vor Abschluss des Zwei-plus-Vier-Prozesses, also ohne Zustimmung der Siegermächte, wäre die Vereinigung von Anfang an mit einem Geburtsfehler behaftet gewesen. Sie hätte das Vertrauen in die Berechenbarkeit des vereinigten Deutschlands erschüttert. Lafontaine war anderes wichtiger. Er wollte Kanzler werden.

Ein dritter Grundsatz unseres Helden lautet: Die formale Berufung auf das Recht verfehlt die Lebenswirklichkeit. So hat er die Folterandrohung im Fall des entführten Jakob von Metzler gerechtfertigt. Wohlgemerkt: Es geht nicht bloß um Verständnis für den Rechtsbruch des ehemaligen Frankfurter Vize-Polizeipräsidenten Wolfgang Daschner, jenes Mannes, der die Folter androhen ließ, um Jakobs Leben zu retten. Dieses Verständnis bringe ich auch auf. Nach Lafontaine aber soll Daschner richtig gehandelt haben. Denn er, Lafontaine, sei auch Vater.

Der große Fortschritt bei der Einführung des unabhängigen Richters war aber gerade der, dass die Betroffenen vom Umgang mit dem Täter ausgeschlossen wurden. Wenn wir die Betroffenheitslogik wieder zulassen, wäre es nur konsequent, auch gleich die Todesstrafe wieder einzuführen. Folter soll erlaubt sein, um Folter von einem Kind fern zu halten, sagt Lafontaine. Er möchte also das präventive Fol-

tern erlauben. Er hat ein sicheres Gespür für das, was am Stammtisch ankommt. Wenn er aber Rechtfertigungen für seine flotten Sprüche nachschiebt, verrennt er sich, bei Folter wie bei „Fremdarbeitern“, ins Unsägliche.

Auch in der Ablehnung des juristischen Formelkrams bleibt sich Lafontaine treu. Ende 1989 hat er erklärt: „Eine Entscheidung über die deutsche Frage ist eine Entscheidung von 76 Millionen, nicht von 16 Millionen.“ Sprich: Da müssen erst mal die Westdeutschen gefragt werden, ob sie die Einheit auch wollen. Auf den Einwand, es gebe doch den Grundgesetzauftrag, die



Populist Lafontaine: Den Leuten nach dem Bauch reden

lem Schaden vermeiden wollte, konnte ich nicht erkennen. Er wollte, dass Kanzler Kohl die Wahl verliert, weil die deutsche Einheit ins Desaster führt. Das hat er uns im kleinen Kreis im April 1990 prognostiziert und noch im August öffentlich erklärt. „Es wird jetzt immer offenkundiger, welche Katastrophe er in Deutschland angerichtet hat.“ Deshalb wechselte Lafontaine auch urplötzlich seine Strategie. Bisher Gegner der schnellen Einigung, forderte er im August 1990: „Beitritt sofort“. Das Desaster sollte öffentlich und wahlwirksam dem amtierenden Kanzler auf die Füße fallen.

ROLF H. SEYBOLDT / SEYBOLDT-PRESS



BUNDESARCHIV

Saarländer Honecker, Lafontaine*: Verkauf von missliebigen DDR-Bürgern in den Westen

Einheit herzustellen, hat er geantwortet, „dass die soziale Frage viel wichtiger ist als abstrakte Diskussion über rechtliche Kategorien“. Die „soziale Frage“, um die es diesmal ging, war ganz simpel: Wollen wir die armen Verwandten reinlassen? Wenn wir teilen, bleibt uns weniger, und das ist nicht sozial – für uns. Die überwiegende Zahl der Bundesbürger hielt zu unserem Glück nichts von einer Volksbefragung darüber, ob Hartherzigkeit mehrheitsfähig ist.

Nun also will Lafontaine zur Bundestagswahl auf der Liste der PDS kandidieren. Die soll dann „Die Linkspartei.“ heißen. Damit man sie im Osten weiter als PDS erkennen kann, soll dort auf dem Wahlzettel stehen: „Die Linkspartei. PDS.“ Damit man sie im Westen nicht so leicht als PDS erkennen kann, soll dort der Zusatz „PDS“ auf dem Wahlzettel nicht erscheinen. Das ist alles listig ausgedacht, aber nach meinen Maßstäben eine bewusste Irreführung des Wählers. Lafontaine kandidiert dann für keine neue Partei, sondern für jene Organisation, die früher SED, dann SED-PDS, dann PDS, nun aber Die Linkspartei heißt. Die PDS formuliert das Programm, bezahlt den Wahlkampf und bekommt Wahlkampfkosten erstattet. Eine neue Linkspartei wird bei der nächsten Bundestagswahl nicht antreten – auch wenn Gregor Gysi und Lafontaine uns das einreden wollen.

Lafontaines Liebe zu dieser Partei ist nicht neu. Auch darin bleibt er sich treu. Lafontaine hat den Saarländer Erich Honecker geradezu bewundert. 1987 schrieb er: Die DDR „ist unter Erich

Honecker ein wirtschaftlich leistungsfähiger, innenpolitisch stabiler und außenpolitisch selbstbewusster Staat geworden“. „Der relative Wohlstand, den die DDR in der Ära Honecker erreichte, hat es ihren Bewohnern leichter gemacht, sich mit ihrem Staat zu arrangieren.“ Disziplin und Verlässlichkeit lobt er an Honecker, die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ und „dass er sogar herzlich lachen kann. Zum hellen Sommeranzug trägt er schon mal einen Strohhut“. Der Künstler Wolf Biermann hat da besser beobachtet: Er „lächelt süßlich-sauer“.

Wie Lafontaine war auch Honecker sozial. Für die 3,4 Milliarden Mark aus dem Häftlingsfreikauf, sprich dem Verkauf von missliebigen DDR-Bürgern in den Westen, wurden Südfrüchte, Schuhe, Textilien gekauft. Als 1980 in Moskau über eine militärische Intervention in Polen beraten wurde, hatte er in seinem Redetext stehen, Blutvergießen sei das letzte Mittel, aber „wenn die Arbeiter-und-Bauern-Macht auf dem Spiele steht“, dann bleibe keine andere Wahl. Den Passus strich er, als er merkte, dass die anderen kommunistischen Führer nicht mitzogen. Am 8. Oktober 1989 hatte er die Idee, Panzer durch Leipzig rollen zu lassen, bloß zur Abschreckung und natürlich um die soziale DDR zu bewahren.

Auch zu Honeckers Zögling Egon Krenz pflegte Lafontaine ein inniges Verhältnis. 1984 hat er mal so angerufen, um ein paar DDR-Spitzensportler für ein Sportfest in Rehlingen zu erbitten, „das soll ja hier nur so eine Art Kassenmagnet sein“. Krenz: „Gut. Also ich bemühe mich darum. Und Ihnen für die Kommunalwahl toi, toi, toi. Ich weiß, was das für eine Arbeit macht. Ich bin Wahlleiter der Republik bei unse-

ren Kommunalwahlen. Also, ich kann mir vorstellen, wie die Sache so läuft.“ Lafontaine kommentierte das nicht. Das hätte ja den Kassenmagneten gefährdet. Anfang der neunziger Jahre wurde gegen Krenz wegen Wahlfälschung bei Kommunalwahlen ermittelt, weil die Oppositionellen bei der Kommunalwahl am 7. Mai 1989 endlich die üblichen Wahlfälschungen nachweisen konnten, die immer ein offenes Geheimnis waren. Nur Lafontaine hat es scheinbar nicht gewusst.

„Die DDR war, bis die Mauer fiel, ein führendes Industrieland“, befand er im August 1990, als er es längst hätte besser wissen können, entweder durch die Autopsie der Verblichenen oder durch das verheerende Gutachten, das der DDR-Planungschef Gerhard Schürer und andere am 31. Oktober 1989, also vor dem Mauerfall, Egon Krenz übergeben hatten. Damals war der Inhalt durchgesickert, einschließlich der hohen Staatsverschuldung in Ost-Mark wie in Devisen, aus der der Staatsbankrott binnen Jahresfrist gefolgert wurde. Als einer der Gründe wird in jenem Gutachten angeführt, dass die sozialpolitischen Maßnahmen der SED nicht vollständig aus eigenen Mitteln bezahlt werden konnten. Die DDR-Führung hatte Westkredite für konsumptive Zwecke ausgegeben und war, trotz warnender Stimmen, mit solchen sozialen Wohltaten in die Schuldenfalle geraten.

Vielleicht kann sich der Weltökonom Lafontaine, der nun wieder für die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik kämpft, das einmal erklären lassen. In der Partei, für die er nun in den Wahlkampf zieht, müssten sich noch genügend Genossen daran erinnern. ♦

* Beim Besuch des DDR-Staatschefs in Saarbrücken 1987.